

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD



- » SPD NÜRNBERG übergibt Ehrenamtspreis
- » AUF IN DIE ZWEITE AMTSZEIT Bundesversammlung 2022
- » DAS VERGESSENE DATUM



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

wir zeigen Gesicht für Solidarität und Vernunft in der Pandemie! Als erste Partei haben wir im Februar eine stadtweite Kampagne auf den Flächen der Stadtreklame gestartet.

Die Reaktionen zeigen: diese Kampagne war überfällig. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Mit Nazis und Feinden der Demokratie auf die Straße zu gehen, ist inakzeptabel. Das lehrt uns die Geschichte.

Zugleich versuchen wir mit dieser Kampagne, Menschen zu erreichen, die man noch erreichen kann. Wir wollen Sie zur Vernunft bringen. Der Ton der Kampagne ist bewusst auch humorvoll und direkt ansprechend gehalten.

Ich danke dem gesamten Vorstand der Nürnberger SPD für die Zusammenarbeit bei der Erstellung der Kampagne, der Agentur Graubalance für kreativen Rat und Tat sowie der Stadtreklame für die kurzfristige Umsetzung.

Mit solidarischen Grüßen

Euer

Nasser Ahmed



SOLIDARITÄT STATT VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

SPD NÜRNBERG STARTET PLAKATKAMPAGNE

Wir sind zutiefst besorgt über die jüngsten Entwicklungen auf Nürnbergs Straßen! In den vergangenen Monaten versammeln sich Menschen mitten in unserer Stadt zu Querdenker*innen-Aufmärschen. Die selbsternannten Spaziergänger*innen wollen dabei ihrem Unmut über Corona-Maßnahmen Luft machen.

Diese Spaziergänge werden zunehmend von Reichsbürger*innen bis hin zu Neonazis instrumentalisiert und zum Teil von ihnen organisiert. Corona wird dabei eher zur Nebensache. Die Spaziergänger*innen nehmen es häufig einfach so hin oder wollen es einfach nicht wahrhaben, wer mit spaziert.

Gerade jetzt, wo die Infektionszahlen auf dem höchsten Stand sind, ist es umso wichti-

ger, dass wir solidarisch sind. Der Großteil der Bürger*innen ist vernünftig und achtet auf sich und andere, hält Abstand, trägt Maske, meidet Menschenansammlungen und lässt sich impfen. So anstrengend es nach über zwei Jahren Pandemie auch sein mag, ist das immer noch der sicherste Weg aus der Pandemie heraus! Die große Mehrheit beteiligt sich zum Glück an der größten Demonstration überhaupt – die Demo gegen das Virus, raus aus der Pandemie.

Wir wollen ein Zeichen gegen Querdenken und Extremismus setzen. Für mehr Solidarität und Miteinander! Die SPD Nürnberg überlässt Rechtsextremen und „Querdenker*innen“, die regelmäßig in Nürnberg zu Aufmärschen aufrufen, nicht den öffentlichen Raum.

»

Da es aktuell schwierig ist, zu großen Gegendemonstrationen aufzurufen, hat sich die SPD etwas Anderes ausgedacht, um sich für eine solidarische Pandemiebekämpfung einzusetzen:

Mit drei Plakatmotiven beziehen unsere drei Vorsitzenden Nasser Ahmed, Kerstin Gardill und Bernd Hampel, auf Plakatwänden und Litfaßsäulen im ganzen Stadtgebiet klar Stellung gegen die Aufmärsche von Rechtsextremen und „Querdenker*innen“, treten der Verharmlosung der Pandemie entgegen und rufen zu einem solidari-schen Miteinander auf.

Auch du kannst Teil dieser Kampagne werden:

Wir wollen so viele Menschen wie möglich mit unserer Kampagne erreichen, deshalb ist es nur logisch, die Sozialen Medien dafür zu nutzen. Was kannst du jetzt dazu beitragen, dass die Kampagne noch erfolgreicher wird? Das ist ganz einfach: Du kannst unsere Beiträge auf Facebook und Instagram teilen und liken!

Das ist aber noch nicht alles: Mache ein Foto von dir vor einem unserer Plakate. Poste dieses und verlinke uns darauf. Wir wollen, dass so viele wie möglich an dieser Aktion teilnehmen. Wir sind Mehr! Das wollen wir auch zeigen. Wenn wir schon aufgrund der Pandemie keine Demonstration durch die Stadt machen, dann können wir das Internet dafür nutzen.

Du bist nicht in den Sozialen Medien aktiv? Dann schick uns dein Foto einfach an nuernberg@spd.de.

Unterschreibe auch du die Erklärung der Allianz gegen Rechts!

Macht mit bei der Unterschriftenaktion und setzt ein Zeichen für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus!

www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de

Bedenken zu den Corona-Maßnahmen und Einschränkungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind in einer Demokratie möglich und nötig.

Deren Äußerung ist Zeichen einer lebendigen Demokratie.

Jede*r Einzelne hat jedoch die Verpflichtung, seine Kritik nicht in den Dienst von Feind*innen unserer Demokratie zu stellen und zu hinterfragen, mit wem er/sie auf der Straße steht. Keine Sorgen, keine Kritik, keine Empörung und auch keine Enttäuschung rechtfertigen den Schulterchluss mit den Feind*innen unserer Demokratie.



Die SPD Nürnberg hat am 9. Februar 2022 den 16. Ehrenamtspreis an Irfan Taufik übergeben. Bereits in 2020 wurde der 16. Ehrenamtspreis ausgeschrieben. Nach zwei Jahren Pandemie war es leider immer noch nicht möglich, den Preis wie üblich bei einem großen Festakt zu übergeben. Daher haben wir uns entschlossen, die Preisverleihung im kleinen Rahmen zu zelebrieren.

Auch für den 16. Ehrenamtspreis haben sich wieder eine Vielzahl an Personen, Gruppen und Organisationen beworben beziehungsweise wurden vorgeschlagen.

Eine Bewerbung hat die Jury, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgesellschaft, ganz besonders überzeugt: Irfan Taufik.

In ihrer Laudatio erklärt Jessica Marcus, Jurymitglied und Vorsitzende des Kreisjugendrings, warum sich die Jury für Taufik entschieden hat: „Die ganze Jury ist sich einig: Irfan Taufiks Engagement hat eine breite Wirkung in der Nürnberger Stadtgesellschaft. Für ihn steht immer der Unterstützungsgedanke an allererster Stelle, weshalb er sich über alle Maßen einbringt, wo immer er kann und wo immer er gebraucht wird. Wir finden, Taufiks ehrenamtliches Handeln stellt einen echten Mehrwert für die Nürnbergerinnen und Nürnberger dar und alle, die es noch werden möchten. Irfan Taufik ist ein echtes Bindeglied in unserer Gesellschaft und wir gratulieren ihm für diese Auszeichnung!“

Unser Parteivorsitzender, Nasser Ahmed zeigt sich zufrieden mit der Entwicklung des Ehrenamtspreises seit seiner ersten Verleihung 2005: „Der Ehrenamtspreis ist inzwischen eine feste Institution. Und das ist gut so! Denn Ehrenamtliche leisten einen gro-

ßen Beitrag für unsere Gesellschaft. Wir freuen uns, sie mit dem Preisgeld und der Ehrung in ihrem Tun und Handeln unterstützen zu können. Wir gratulieren Irfan Taufik zu dieser Auszeichnung. Er ist für viele Menschen in unserer Stadt eine große Stütze und ein wirkliches Vorbild!“

Schon seit 2005 werden jährlich Personen, Gruppen oder Organisationen für ihr herausragendes ehrenamtliches Engagement durch die SPD Nürnberg ausgezeichnet. Dotiert ist der Preis mit 1.000,-€. Er ist öffentlich ausgeschrieben und zeichnet Aktivitäten auf allen Gebieten aus: sei es im kulturellen, sozialen, sportlichen, schulischen oder ökologischen Bereich, sei es in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit.

Wer ist Irfan Taufik?

Irfan Taufik, geboren im Nord-Irak, stammt aus einer Künstler- und Theaterfamilie. Mit neun Jahren stand er erstmals auf einer Bühne vor der Kamera. Bis 1996 hat er in zahlreichen Theater-, Film- und Fernsehproduktionen mitgewirkt. Bis er wegen politischer Gründe das Land verlassen musste. Seit 1997 lebt Taufik in Nürnberg, wo er seine neue Heimat fand und künstlerisch Fuß fassen konnte. Er ist vor allem als Schauspieler, Performer, Filmemacher und Dozent tätig.

Der diesjährige Preisträger bereichert unsere Gesellschaft nicht nur durch seine Kunst. Er engagiert sich ehrenamtlich, vielseitig und aufopfernd in der Flüchtlingshilfe. Er betreut vor allem minderjährige oder alleinstehende Flüchtlinge sowie geflüchtete Familien. Für neun Kinder hat der sogar die Patenschaft übernommen. Er hilft den Geflüchteten bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme.



Dabei helfen ihm seine eigenen Erfahrungen mit Behörden bei seiner Ankunft in Deutschland. Er unterstützt seine Schützlinge tatkräftig im Umgang mit den behördlichen Papierfluten, berät sie, begleitet sie bei Behördengängen und vermittelt zwischen beiden Seiten. Für viele der Geflüchteten ist Irfan Taufik wegen seiner Lebenserfahrung und seinem herzlichen Umgang fast schon zu einem väterlichen Freund geworden. Er gibt ihnen Hoffnung in der schweren Zeit.

Mit seiner Lebenserfahrung, aber auch mit seiner Kunst weiß er, wie er Menschen verbindet. Seine interkulturellen Projekte bringen dabei Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen.

Nicht verpassen: In der April-Ausgabe wird es ein Interview mit Irfan Taufik geben!



AUF IN DIE ZWEITE AMTSZEIT

BUNDESPRÄSIDENT FRANK-WALTER STEINMEIER IST MIT GROSSER MEHRHEIT WIEDERGEWÄHLT

von **GABRIELA HEINRICH, MdB**
und **ARIF TAŞDELEN, MdL**

Alle fünf Jahre kommt die Bundesversammlung zusammen. Sie hat nur eine Funktion: die Wahl des deutschen Staatsoberhauptes. Am 13. Februar war es wieder so weit. Insgesamt 1.472 Delegierte wählten den Bundespräsidenten, jeweils zur Hälfte Bundestagsabgeordnete und entsandte der Landesparlamente. Dazu gehörten auch wir zwei. Das war eine große Ehre für uns. Für mich, Arif, war es eine besonders große Ehre, zum ersten Mal als Mitglied der Bundesversammlung den Bundespräsidenten wählen zu dürfen. Es war zwar eine Veranstaltung unter Pandemiebedingungen, aber trotzdem eine sehr würdige Bundesversammlung.

Der Bundespräsident vertritt Deutschland nicht nur nach außen, ihm kommt auch eine wichtige Integrationsfunktion nach innen zu. Von der alltäglichen Parteipolitik abgekoppelt, vermittelt er zwischen den verschiedenen Interessenlagen im Land – gar nicht mal so leicht, gerade in politisch so brisanten Zeiten, wie wir sie aktuell haben.

Steinmeier:
Brückenbauer und glühender Demokrat

Mit Frank-Walter Steinmeier haben wir genau die richtige Person für dieses Amt gewählt. Über 73 Prozent der Delegierten haben ihm ihre Stimme gegeben. Er ist ein Brückenbauer und führt das Land mit einem klaren Kompass. Das hat er in den letzten fünf Jahren bereits bewiesen. Wir finden, dass er in diesen schwierigen Zeiten ein echter Stabilitätsanker ist. Genau das ist, unserer Meinung nach, wichtig für solch ein verantwortungsvolles Amt und unser Land. Einen großen Fokus legte Steinmeier immer wieder auf sein Kernthema: die Demokratie. „Vor allem will ich, dass wir in Deutschland festhalten am Unterschied von Fakt und Lüge. Wer das aufgibt, der rührt am Grundgerüst von Demokratie“, mahnte Steinmeier schon 2017 bei seiner ersten Antrittsrede. Wie wichtig das ist, hat sich auch im Zuge der Pandemie gezeigt: Immer wieder beobachten wir, wie Informationen vereinfacht und aus dem Kontext gerissen oder schlicht Falschinformationen verbreitet werden. Nicht selten geht das mit Hass und Gewalt

einher. Auch dem möchte sich Steinmeier stellen. „Denen, die Wunden aufreißen, die in der Not der Pandemie Hass und Lügen verbreiten, die von ‚Corona-Diktatur‘ fabulieren und sogar vor Bedrohung und Gewalt nicht zurückschrecken, gegen Polizistinnen, Pflegekräfte und Bürgermeister, denen sage ich: Ich bin hier, ich bleibe.“

Demokratie – das bleibt auch in den nächsten Jahren ein Schwerpunktthema des Bundespräsidenten. In seiner Antrittsrede fand er deutliche Worte zur aktuellen sicherheitspolitischen Situation in Europa. „Ich kann Präsident Putin nur warnen: Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!“ Damit meint er: Die Demokratie sucht nicht die Konfrontation nach außen. Im Gegenteil, die Botschaft ist und bleibt: Wir wollen friedliche Nachbarschaft in gegenseitigem Respekt. „Ich appelliere an Präsident Putin, lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!“

Bundesversammlung in Pandemiezeiten

Etwas anders war die Wahl des Bundespräsidenten diesmal schon. Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung trat die Bundesversammlung nicht im Reichstagsgebäude zusammen. Diesmal waren wir nebenan im Paul-Löbe-Haus, wo sonst die Ausschüsse des Bundestages tagen. Der Grund: Dort haben wir deutlich mehr Platz und konnten unter Einhaltung der Hygieneschutzbestim-

mungen zusammenkommen. Wir verteilten uns also über die Haupthalle, Gänge und Sitzungsräume von vier Etagen. Wer in einem Sitzungsraum saß, verfolgte die Geschehnisse in der Haupthalle via Video-Konferenz. Um sicher zu gehen, dass sich niemand mit Corona ansteckt, mussten sich alle Teilnehmenden vorher noch einem Test unterziehen, auch die Geimpften und Genesenen. Dafür gab es ein eigens eingerichtetes Corona-Testzentrum. Wir hatten glücklicherweise ein negatives Testergebnis und bekamen deshalb ein orangefarbenes Nachweisband, das wir dann am Einlass vorzeigten.

Neben uns hauptberuflichen PolitikerInnen waren noch jede Menge Prominente und Personen des öffentlichen Lebens mit dabei. Dazu gehören etwa SchauspielerInnen, MusikerInnen, SportlerInnen, WissenschaftlerInnen und auch Intensivpflegende und FluthelferInnen. Alle sie sollen die Breite der Gesellschaft abbilden und der Wahl des Bundespräsidenten so zusätzliche Legitimität verleihen. Bestimmt wurden sie vorab von den Parlamenten der Bundesländer. Die SPD entsandte zum Beispiel Fußballspieler Leon Goretzka, Schlagersänger Roland Kaiser, Schauspieler Dietmar Bär und Karla Spagener, Zeitzeugin des NS-Regimes und mit 92 Jahren die älteste Delegierte.

Bärbel Bas: „Machen wir uns klar, dass Furcht nicht weiterhilft. Stellen wir uns der Zukunft!“

Eröffnet wurde die Bundesversammlung von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. In ihrer Rede rief sie dazu auf, nicht den Mut zu verlieren. Gerade jetzt, angesichts der vielen aktuellen Krisen und Sorgen – um den Frieden in Europa, die Folgen der Pandemie, den Klimawandel oder die Inflation. „Lassen wir uns nicht einreden, dass wir anstehende Probleme nicht lösen können.“ Im Gegenteil: Gemeinsam werden wir die Herausforderungen meistern, „denn Deutschland hat eine starke und bewährte Verfassung“ und „unser Staat funktioniert, auch in schwierigen Zeiten“.

Gewählt wurde schließlich an mehreren Orten innerhalb des Paul-Löbe-Hauses. So mussten nicht alle Delegierten in dieselbe Richtung laufen. Schon im ersten Wahlgang bekam Frank-Walter Steinmeier deutlich mehr Stimmen als benötigt. Von den abgegebenen gültigen 1425 Stimmen entfielen 1045 auf ihn, das sind über 73 Prozent und die absolute Mehrheit. Ein eindeutiges Ergebnis. Damit ist Steinmeier nach nur einem Wahlgang für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Wir freuen uns, dass mit ihm weiterhin jemand an Deutschlands Spitze steht, der unsere Demokratie mit Nachdruck verteidigt und mit Umsicht und Weitsicht in die Zukunft blickt.



ZEIT, DANKE ZU SAGEN UND RESÜMEE ZU ZIEHEN

Ein Liebe Genoss:innen,

mitten im Frauenmonat März mit dem Equal Care Day (1. März 2022), dem Equal Pay Day (7. März 2022) und dem Internationalem Frauentag (8. März) finden nicht nur der Frauenempfang der AsF Nürnberg am 13. März ab 11 Uhr virtuell, sondern auch die JHV der AsF Nürnberg am 19. März um 15 Uhr in Präsenz im KBZ statt. Mit der diesjährigen JHV der AsF Nürnberg übergebe ich, auch mit meiner Haltung der „Mandatszeitbegrenzung“, im sechsten Jahr als Vorsitzende, wie seit November 2021 bereits mehrfach kommuniziert, das Steuerrad der AsF Nürnberg.

Zeit, Danke zu sagen und Resümee zu ziehen:

Es war mir überwiegend eine Freude und stets eine Ehre mich als Vorsitzende der AsF Nürnberg mit der SPD als ältester Partei Deutschlands und mit für mich prägenden Vorbildern wie z.B. Helmut Schmidt und Renate Schmidt ehrenamtlich engagieren und meine Ideen einbringen zu dürfen. Ich danke dem amtierenden Vorstand der SPD Nürnberg zusammen mit dem Geschäftsstellen-Team für die großartige Unterstützung der AsF Nürnberg und meiner Person, haben wir doch nun z.B. Gelegenheit für Meetings und

Veranstaltungen der AsF Nürnberg regelmäßig über die Geschäftsstelle einzuladen und somit mehr Genossinnen zu erreichen, als auch mehrfach die Chance mit einem Beitrag im dsp repräsentiert zu sein. Ich sage Danke allen, die mit Leidenschaft die AsF Nürnberg unterstützt haben und sich in die AsF als aktive Genossin eingebracht haben, sei es organisatorisch, inhaltlich oder mit Women-Power und Teilnahme bei den regelmäßigen Präsenz-Sitzungen, Online-Sitzungen zu Pandemiezeiten, Fachveranstaltungen, Frauenempfangen, Stellungnahmen, Anträgen, Pressemitteilungen, Social-Media-Auftritten als auch -kampagnen sowie auch Wahlkampfunterstützung. Ich danke allen, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben und hoffe, dass es mir zumindest punktuell gelungen ist, die anderen mit meinem Engagement und Expertise zu überzeugen. Besonders dankbar bin ich nicht nur für die Wegbegleiter:innen aller Ebenen unserer Partei, sondern auch für die Möglichkeit, 2017 an drei Parteischulprogrammen teilgenommen haben zu dürfen: KOMMIT2017, FrauenMachtPolitik sowie dem Parteischulprogramm der Bundes SGK und des Bundesparteivorstands. Es ging zum einen um die Gewinnung weiterer Tools für das politische Engagement, aber auch um das Vernetzen >>

mit deutschlandweit aktiven Genoss:innen, ein bis heute tragfähiges Netzwerk. Ein weiteres persönliches Highlight war die Produktion von 13 Wahlkampfspots zur Bundestagswahl 2017 in Zusammenarbeit mit Mustafa Kiziltepe und Gerald Schank. Zu sehen sind diese auf Facebook unter Insight SPD Kommit17 – unter anderem mit Uli Maly, Gabriela Heinrich u.v.m.

Im März 2021 wurde ich Opfer geschlechtsspezifischer körperlicher Gewalt und habe als, in der Fachsprache sogenannte, „Überlebende“ noch immer mit den v.a. gesundheitlichen Folgen umzugehen. Deutschlandweit und weltweit ist davon auszugehen, dass jede Dritte Frau in ihrem Leben mindestens einmal geschlechtsspezifische Gewalt erfahren hat. Ich persönlich bin also eine von drei, gehöre zu den 40 %, die sich Hilfe und Beratung holen und zu den 10 %, die Anzeige erstatten und Strafantrag stellen. Aus eigenem Erleben und aufgrund der Odyssee seit der Gewalttat bin ich nun Expertin auch zu diesem Thema und möchte alle ermutigen, gemeinsam das Thema „Gewalt gegen Frauen“ aus der Scham- und Tabuecke zu holen. Es betrifft Frauen aller „Schichten“. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel und nicht nur ein persönliches Schicksal mit persönlichen Folgen, sondern eine Menschenrechtsverletzung verbunden mit einem Angriff ins Mark unserer Demokratie, der mit enormen Kosten für unsere Gesellschaft und Solidargemeinschaft verbunden ist.

Täglich, sowie bspw. mit dem Aktionstag One-Billion-Rising (14. Februar), an dem weltweit an Gewalt an Mädchen sowie Frauen tanzend aufmerksam gemacht wird, stemmt sich die AsF sichtbar mit ihrem Selbstverständnis und Zielen gegen Diskriminierung und gegen Gewalt gegen Frauen.

Gewalt hat viele Gesichter, hässliche Fratzen für die von Gewalt betroffenen Menschen. Überproportional sind Mädchen und Frauen von Gewalt betroffen: von struktureller, körperlicher, sexualisierter, psychischer, ökonomischer Gewalt u.v.m. bis hin zu Femizid. Gewalt als Menschenrechtsverletzung sind soziale Zusammenhänge und Handlungen, die beeinflussend und schädigend gegenüber bestimmten Menschen wirken und durch ungleiche Machtverhältnisse sowie Machtmissbrauch forciert werden.

Aber nicht nur die AsF als Gliederung unserer Partei stemmt sich gegen Gewalt an Menschen und insbesondere gegen Gewalt gegen Frauen, sondern unsere Partei. Auch an dieser Stelle müssen wir unbequem sein und uns ehrlich machen. Gibt es auch Gewalterfahrung innerhalb unserer Parteistrukturen und –kultur? Darf das ausgesprochen wer-

den, was nicht sein darf? Ich persönlich finde „ja“: Es muss ausgesprochen und thematisiert werden, um einen strukturellen Wandel einzuläuten, der auch einen kulturellen Wandel bedingt. Struktur und Kultur bedingen sich gegenseitig – in unserer Gesellschaft, in Paarbeziehungen und Familien, in Wirtschaft, in Wissenschaft, in Medien, im Sport, in Kirche, in Kultur, in der Politik und so auch in der Parteienlandschaft:

Wie willkommen sind Bewerbungen um Positionen, die nicht aus einem bestimmten Umfeld vorliegen oder bereits schon länger durch die gleiche Person besetzt sind – unabhängig ob für Funktionen innerhalb der Partei oder für Bewerbungen um Kandidaturen für Mandate? Wie willkommen sind Wahlen von Personen, die nicht aus einem bestimmten „inneren Circle“ vorgeschlagen oder unterstützt sind? Wie willkommen sind Wortbeiträge auf Parteiausschüssen oder JHVs oder in anderen Gremien, wenn sie neue Ideen sind oder nicht der Haltung oder Handlungen der jeweiligen Führungsspitze entsprechen? Wie „unbequem“ darf ein:e Genoss:in sein und aussprechen was Fakt ist, aber nicht ins „System“ passt, und was wird als persönlicher Angriff missverstanden? Mit welchem Widerstand durch welchen Personenkreis und mit welchen Mitteln ist in solch einem Falle zu rechnen? Liebe Genoss:innen, wir selbst wissen am besten, was in welcher Rolle - sei es als „Opfer“ oder „Täter:in“, ohne „Victim-Blaming“ - auf uns persönlich in unserem bisherigen Parteileben zutrifft. Ich wage diesen allgemein gehaltenen Rückblick auf Erlebtes und aus meinem Netzwerk Berichtetes nicht um Mitleid oder Mitgefühl werbend, sondern verbunden mit dem Appell zu reflektieren, wie wir miteinander umgehen und wofür wir stehen möchten – auch parteiintern – und wofür es sich lohnt – auch gegen Widerstand – aufzustehen und einzustehen.

Liebe Frauen, als scheidende Vorsitzende der AsF Nürnberg ist es nicht an mir, Personalentscheidungen, außer mit meinem Wahlrecht, zu treffen. Aber wozu ich jederzeit unabhängig meiner „Rolle“ stehe, ist meine Haltung: glaubwürdig und authentisch. Mancher „Wind“ in der Vergangenheit ist vergleichbar mit einer frischen Brise, die mich nochmals reflektieren ließ zu manchen Haltungen und Entscheidungen und mir mit neuen Einsichten einen Perspektivwechsel und somit ein Umsteuern ermöglichte, anderer „Wind“ oder auch „Sturm“ bestärkte mich darin, standhaft zu bleiben mit meinen Haltungen und Entscheidungen und billigend Schaden meiner eigenen Person in Kauf zu nehmen – für das Größere, für die Sache, gegen Diskriminierung und für echte Gleichberechtigung und echte Gleichstellung.

Sollte dies zu irgendeinem Zeitpunkt als persönlicher Angriff missverstanden sein, dann bitte ich auf diesem Wege zum einen Gesprächsbereitschaft an und zum anderen um Entschuldigung.

Für die AsF Nürnberg sowie für unsere Partei insgesamt wünsche ich mir, dass es, anders als heute noch überwiegend der Fall, zukünftig für (Neu-) Besetzungen von Positionen nicht vorrangig darum geht, wer innerhalb unserer Partei welche Mehrheiten organisieren kann, sondern wer innerhalb unserer Partei mit seinem*/ihrem* Profil – Persönlichkeitsmerkmalen, Expertise, Kompetenzen und Erfahrungen – für die jeweilige Position überzeugen kann und somit auch große Chancen hat, Wähler:innengruppen außerhalb unserer Partei gewinnen und überzeugen zu können.

Um mehr Frauen in Führungspositionen innerhalb unserer Partei zu gewinnen, brauchen wir einen klar kommunizierten Wunsch hierzu, der den Veränderungsprozess in Struktur und Kultur innerhalb unserer Partei einläutet, was bisher offenbar nicht gelungen ist. Denn die Zahlen des Gleichstellungsberichts (Bezirksparteitag im November 2021) sprechen für sich und gegen Gleichstellung.

Mit dem im Ampel-Koalitionsvertrag ambitioniertem Ziel „Gleichstellung der Geschlechter in diesem Jahrzehnt zu erreichen“ und den bisherigen Veranstaltungsformaten beschäftigt sich die AsF Nürnberg aktuell u.a. mit „Anforderungsprofile für Führungspositionen“, Leitanträgen zu „gleichstellungspolitisches Grundsatzprogramm Frauen-in-Führungspositionen-Willkommenskultur und Frauen-in-Spitzenpositionen-Offensive“ sowie „gleichstellungspolitisches Grundsatzprogramm zu Gewalt gegen Frauen“. Ihr seid herzlich willkommen, uns auch in diesem Prozess zu unterstützen – mit konstruktiver Kritik, Ideen und Tatkraft. Die AsF Nürnberg braucht jede helfende Hand, als auch Kandidatinnen für den engeren und weiteren Vorstand.

Die AsF Nürnberg hofft, Euch zahlreich (nicht nur) auf der JHV der AsF Nürnberg begrüßen zu dürfen. Für mich persönlich bleibt zu sagen „Danke“, der neuen Vorsitzenden mit ihrem Team „Glück auf!“ sowie allen Genoss:innen Gesundheit, viel Kraft und Mut, privat, aber auch im Parteikontext, um das voranzutreiben, wofür es sich lohnt zu kämpfen: Gleichstellung und Gerechtigkeit, Toleranz, Freiheit und Solidarität in unserer Partei und in unserer Gesellschaft!

Solidarische Rote Grüße

Cornelia Spachtholz
Vorsitzende AsF Nürnberg



von GABRIELA HEINRICH, MdB

Die Heizkosten sind heftig gestiegen für diejenigen, die mit Öl oder Gas heizen. Das ist vor allem für Geringverdienende eine große Belastung. Hinzu kommen hohe Strompreise. Was steckt dahinter? Was muss und kann die SPD tun?

Wir alle wissen, dass Klimaschutz nicht zum Nulltarif zu haben ist. Der Klimaschutz ist insofern auch ein Kostenfaktor: Für Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel gilt schon seit 2021 die CO2-Bepreisung. Diese steigt jährlich bis 2025 moderat an. Wir hatten in den Ampel-Koalitionsverhandlungen durchgesetzt, dass es bei dem noch in der Großen Koalition beschlossenen Erhöhungspfad bleibt. Eine von den Grünen geforderte schnellere und kräftigere Erhöhung hatten wir abgelehnt, damit niemand übermäßig belastet wird. Grundsätzlich hat die CO2-Bepreisung das sinnvolle Ziel, den Umstieg auf klimafreundliches Heizen und Mobilität zu befördern. Zumal die Bereiche Wohnen und Verkehr diejenigen sind, bei denen wir am meisten zu tun haben, wenn es darum geht, die Klimaziele zu erreichen.

Der wichtigste Grund für die aktuell stark steigenden Heizkosten bei Öl- und Gasheizungen sind die steigenden Weltmarktpreise. Diese haben einerseits mit der Preispoli-

tik der Förderländer zu tun – die in der OPEC+ zusammengeschlossenen Staaten wie Saudi-Arabien und Russland sind für über 40 Prozent der globalen Erdölförderung verantwortlich. Zum anderen steigt der Bedarf nach Öl und Gas wieder, nachdem die Industrie Corona immer weiter hinter sich gelassen hat. Aktuell haben sich die Rohölpreise gegenüber 2020 verdoppelt, auch wenn sie noch unter dem bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2012 liegen. Neben steigenden Heizölkosten sind dadurch auch steigende Benzinpreise die Folge.

Im Sinne einer sozialen Klimapolitik brauchen wir einen Kompromiss aus bezahlbaren Preisen und einer Lenkung hin zu klimafreundlichen Alternativen. Zumal uns letztere auch dauerhaft von Öl- und Gasimporten, von sehr schwankenden Preisen und nicht zuletzt von manchmal schwierigen Herkunftsländern unabhängig machen. Für klimafreundliche Alternativen gibt es bereits jetzt diverse Fördermöglichkeiten: etwa hohe Zuschüsse, wenn jemand seine Heizungsanlage austauscht oder auf ein E-Auto umsteigt. Aber: Gleichzeitig müssen wir berücksichtigen, dass – trotz Zuschüssen – nicht alle sich mal eben ein Elektroauto leisten können. Und gerade Mieterinnen und Mieter können meist gar nicht selbst über die Heizungsanlage entscheiden.

Der Koalitionsvertrag sieht deswegen bei den Heizkosten die hälftige Aufteilung der zusätzlichen Kosten durch die CO2-Bepreisung zwischen Mietenden und Vermietenden vor. Schon jetzt gibt es zudem eine CO2-Komponente beim Wohngeld für Menschen mit kleinem Einkommen, die wir weiterentwickeln wollen. Erwerbstätige sowie Rentnerinnen und Rentner mit sehr kleinem Einkommen und Anspruch auf Wohngeld sollen in diesem Jahr zusätzlich einen neuen Heizkostenzuschuss erhalten. Diesen Zuschuss sollen auch Auszubildende und Studierende erhalten, wenn sie BAföG bezogen haben oder beziehen und in einer eigenen Wohnung leben. Insgesamt sollen 2,1 Millionen Menschen erreicht werden, für die die steigenden Heizkosten ein massives Problem sind. Wir wollen weitere Hilfen und Erleichterungen für alle prüfen.

Bei den Strompreisen ist die Lage etwas anders als bei den Heizkosten: Hier ist der wesentliche Faktor für die hohen Preise der Staat, der zum Beispiel die Stromkosten mit der EEG-Umlage erhöht, um die erneuerbare Energie zu fördern. Das ändert sich aber jetzt. Die EEG-Umlage ist Anfang des Jahres schon um 43 Prozent und auf den niedrigsten Stand seit 10 Jahren gesunken. Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf geeinigt, die Umlage 2023 ganz abzuschaffen. Wir prüfen jetzt, ob sich das auf dieses Jahr vorziehen lässt. Das wäre eine Entlastung für alle. Zumal hohe Stromkosten auch von Arbeitslosengeld II-Empfängern bezahlt werden müssen – anders als die Heizkosten, die bei diesen der Staat übernimmt. Aber auch Erwerbstätige, Renter*innen und Betriebe dürfen nicht durch steigende Kosten für das Heizen, den Strom oder durch berufliches Pendeln überlastet werden.

Der wohl wichtigste Beitrag für dauerhaft bezahlbaren Strom – und Unabhängigkeit von anderen Ländern – ist der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energie. Ein höheres Angebot wird langfristig auch die Preise senken. Deswegen ist es wichtig, dass wir schnell vorankommen mit neuen Anlagen und auch Stromleitungen. Wichtige Punkte aus dem Koalitionsvertrag sind dabei die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie dass zwei Prozent der Landesflächen für die Windenergie an Land ausgewiesen werden sollen. Wie von der SPD gefordert, sieht der Koalitionsvertrag vor, dass Bund, Länder und Kommunen noch im ersten Halbjahr zusammenkommen. Künftig soll eine Hand in die andere greifen zugunsten einer sauberen, bezahlbaren und unabhängigen Energieversorgung. Dazu werden sich auch die Bremser wie Markus Söder bewegen müssen.

MISSBRAUCHS- SKANDALE IN DER KATHOLISCHEN KIRCHE

LANDTAGSFRAKTION
FORDERT SCHONUNGSLOSE
AUFLÄRUNG!



Fotograf: Lennart Preiss

von ARIF TAŞDELEN, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,

das von der römisch-katholischen Erzdiözese München und Freising in Auftrag gegebene „Münchner Missbrauchsgutachten“ erschüttert die katholische Kirche und erhebt schwere Vorwürfe gegen kirchliche Verantwortungsträger. Die Erzdiözese hatte die Anwaltskanzlei Westphal Spieker Wastl im Februar 2020 mit dem Gutachten beauftragt, die Veröffentlichung Ende Januar 2022 zog jetzt große Aufmerksamkeit nach sich. Das Gutachten schildert Straftaten durch kirchliche Verantwortungsträger im Bereich der Erzdiözese zwischen den Jahren 1945 und 2019. Die Kanzlei geht für diesen Zeitraum von mindestens 497 Opfern aus. Sie identifiziert außerdem 261 Täter, darunter 173 katholische Priester. Als SPD-Landtagsfraktion haben wir das Gutachten mit großer Anteilnahme zur Kenntnis genommen und ziehen daraus die notwendigen politischen Konsequenzen.

Wir fordern im Bayerischen Landtag eine schonungslose Aufklärung der Straftaten und setzen uns für eine*n bayerische*n Missbrauchsbeauftragte*n ein. Diese*r Missbrauchsbeauftragte soll weitreichende Be-

fugnisse erhalten. Er*Sie soll das Recht haben, eine unabhängige Aufarbeitungskommission einzurichten und dem Landtag jährlich zu berichten. Ein*e solche*r Beauftragte*r ist in Bayern schon lange überfällig.

Neben Anteilnahme für die Opfer löst das Gutachten aber auch großes Entsetzen und Wut in mir und uns allen aus. Die Opfer – Kinder und Jugendliche – mussten über Jahrzehnte viel Leid und Schmerz ertragen, während die Täter in der Kirche immer geschützt wurden. Deshalb steht für uns im Landtag fest: Wir müssen endlich die Opfer in den Fokus unserer Politik nehmen. Die Aufklärung darf nicht allein der Kirche überlassen werden. Die katholische Kirche hat bisher leider zu langsam oder gar nicht zur Aufklärung beigetragen, das beweist das Gutachten.

Der Staat muss bei der Aufklärung definitiv mitwirken, das hat auch Bundeskanzler Olaf Scholz betont. Aufarbeitung von strukturiertem Kindesmissbrauch darf nicht Institutionen wie der Kirche allein überlassen werden. Wo sich heute und in Zukunft Anhaltspunkte ergeben, müssen die zuständigen Strafverfolgungsbehörden ermitteln und konsequent vorgehen. Das Kindeswohl muss höchste Priorität haben.

Mit unserem Vorstoß im Bayerischen Landtag fordern wir die Staatsregierung deshalb auch auf, dem Bayerischen Landtag zu berichten, wie die Staatsanwaltschaften mit den bisher bekannten Missbrauchsfällen umgegangen sind und welche Rolle die zuständigen CSU-Justizministerinnen und -minister dabei gespielt haben. Wir wollen erfahren, warum keine Konsequenzen aus vergangenen Missbrauchsgutachten gezogen wurden.

Wir haben auch klargemacht, dass die Staatsanwaltschaften alle Fälle ohne Rücksicht auf Ansehen der Personen oder Institutionen mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln aufklären müssen. Oberste Priorität hat schließlich, weitere Taten zu verhindern und dafür müssen Straftäter zur Verantwortung gezogen und nicht gedeckt werden. Missbrauchsfälle dürfen nie wieder geschehen. Die Staatsanwaltschaften dürfen keine Hemmungen zeigen, den Umgang der katholischen Kirche mit den Missbrauchsfällen genau unter die Lupe zu nehmen.

Ein*e Missbrauchsbeauftragte*r ist in dieser Situation einfach Pflicht, deshalb setzen wir als SPD-Landtagsfraktion mit unserer Forderung ein klares Zeichen, dass es wie bisher in der Aufklärung nicht weitergehen kann.



von STEFAN SCHUSTER, MdB

Anhörung im Innenausschuss

Im Februar fand im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport eine Expert*innenanhörung zum Thema „Hochwasser 2021 – Katastrophenschutz in Bayern“ statt. Als Sachverständige waren führende Persönlichkeiten des THW, der Bundeswehr, der Feuerwehr, des Rettungsdienstes, der Bergwacht, der Wasserwacht und der medizinischen Katastrophenhilfe sowie Vertreter*innen des Landkreistages geladen. Ziel der Anhörung war es, den Stand des Bayerischen Katastrophenschutzes zu erörtern, mögliche Probleme zu erkennen und Lösungsansätze zu formulieren. Dazu hat sich der Ausschuss mit den Sachverständigen vor allem zu den Themen „Zukunft des Katastrophenschutzes“, „Personalsituation“, „Warnung der Bevölkerung“ und „Zusammenarbeit mit anderen Akteuren“ auseinandergesetzt. Zu jedem Themenblock haben die Sachverständigen bereits vor der Anhörung einen Fragenkatalog erhalten, den sie in schriftlicher Stellungnahme beantworten sollten. So stellte sich heraus, dass besonders in der Einsatzführung, bei der Warnung der Bevölkerung und der Einbindung von Spontanhelfer*innen in den Einsatz noch Verbesserungsbedarf besteht. Insgesamt stellten aber alle Expert*innen dem Katastrophenschutz in Bayern ein gutes Zeugnis aus.

Einsatzführung

Großen Optimierungsbedarf sehen die Sachverständigen in der Einsatzführung im Katastrophenschutz. „In der Krise Köpfe kennen“ nannten alle Sachverständigen als Motto für eine gelungene Einsatzführung. Es ist wichtig, dass sich alle Führungspersönlichkeiten im Katastrophenschutz von der Verwaltung bis zur Wasserwacht bereits persönlich kennen. Um dies zu erreichen, fordern die Expert*innen mehr Übungen im Katastrophenschutz und hierfür mehr finanzielle Unterstützung vom Freistaat. Weiterhin forderten die Sachverständigen mehr Digitalisierung in der Einsatzführung. Es fehle unter anderem an einer einheitlichen Software. Bisher können nur



HOCHWASSER 2021 – KATASTROPHENSCHUTZ IN BAYERN

einzelne Lagebilder, z.B. eine digitale Wetterkarte, erstellt werden. Wünschenswert wäre jedoch ein digitales 360-Grad-Lagebild, das alle Komponenten von Personalkapazität über vorhandene Ausrüstung bis zu den Pegelständen darstellen kann. Dazu sollte nach Ansicht der Expert*innen auch ein dauerhaftes Lagezentrum im Innenministerium eingerichtet werden. In diesem sollten rund um die Uhr alle wichtigen Informationen aufgenommen und digital zur Verfügung gestellt werden. Die konkrete Einsatzführung muss nach Ansicht der Expert*innen jedoch bei den Kräften vor Ort bleiben. Eine Kompetenzverlagerung im Katastrophenschutz auf den Bund lehnen deswegen alle Anwesenden ab.

Warnung der Bevölkerung

Durchweg positiv bewertet wurde die Einführung des Cell-Broadcasting, Warn-SMS an alle im Netz ausgewählten Mobiltelefone und der Aufbau neuer Warnsirenen. Jedoch ist mit einer umfassenden Warninfrastruktur noch nicht genug getan. Die besten Warnungen helfen nichts, wenn die Bevölkerung nichts mit ihnen anfangen kann. Deswegen fordern alle Expert*innen eine bessere Sensibilisierung der Bevölkerung für Warnungen und allgemeine Katastrophenvorsorge, beispielsweise könnte Katastrophenvorsorge in der Schule gelehrt werden. Außerdem ist es wichtig nach den Warnungen weitere Informationen zu den betroffenen Personen zu bringen. Neben den klassischen Informationskanälen, wie dem öffentlichen Rundfunk, sollten dabei vermehrt die Sozialen Medien, Twitter, Facebook und Co., genutzt werden. Der Katastrophenschutz funktioniert nur ge-

meinsam mit der Bevölkerung, resümierten die Expert*innen.

Einbindung von Spontanhelfer*innen

Thema in der Anhörung war außerdem die Einbindung von Spontanhelfer*innen in den Einsatz zur Bewältigung einer Katastrophe. Die großen Hochwasser-Katastrophenschutzsätze des letzten Jahres haben gezeigt, dass viele Menschen bereitstehen und den Betroffenen vor Ort helfen wollen. Nach Ansicht der Expert*innen bedarf es konkreter Strategien, wie diese am besten in den Einsatz eingebunden werden können. Andernfalls besteht das Risiko, dass sich die Einsatzkräfte der Hilfsorganisationen und die Spontanhelfer*innen gegenseitig im Weg stehen. Wichtig ist auch, dass die akute Einsatzbewältigung, die Rettung von Personen und das Stoppen der Gefahren, ausschließlich ausgebildeten Einsatzkräften der Hilfsorganisationen überlassen sein soll. Alle weiteren Maßnahmen, z.B. Aufräumarbeiten, können hingegen gemeinsam mit der Bevölkerung geleistet werden. Insbesondere bei Einsätzen über viele Tage, wie bei den Hochwassern im vergangenen Jahr, entlastet die Hilfe aus der Bevölkerung die Einsatzkräfte der Hilfsorganisationen sehr.

Neben den genannten großen Themen wurden in der Anhörung auch viele weitere Sachverhalte, wie die Errichtung von Katastrophenschutz-Lagern, besprochen. In den nächsten Wochen werden wir in der SPD-Landtagsfraktion die Ergebnisse der Anhörung aufarbeiten und konkrete Initiativen zur Optimierung des Katastrophenschutzes in Bayern ergreifen.

BERICHT ZUR VORSTANDSKLAUSUR DER JUSOS NÜRNBERG: AUSBLICK AUF DAS KOMMENDE JUSO-JAHR

von LEON HELMREICH

Nach der spannenden Jahreshauptversammlung der Jusos Nürnberg (wir berichteten in der letzten Ausgabe des DSP), blieb dem Vorstand der Jusos Nürnberg keine Verschnaufpause. Der Sitzungsrythmus sollte nicht unterbrochen werden und für eine erfolgreiche Umsetzung der Ideen und Forderungen des neuen Vorstands bedarf es einer frühzeitigen Jahresplanung. Deswegen hat sich der neue Vorstand nur zwei Wochen nach der Jahreshauptversammlung zu einer eintägigen Vorstandsklausur getroffen. Thema waren neben der vorstandsinternen Organisation, die Planung der Sitzungen und weiterer Veranstaltungen, die Öffentlichkeits- und Pressearbeit und vieles mehr.

Auch in diesem Jahr soll der aktive Sitzungsrythmus der Jusos Nürnberg – wir treffen uns jeden Montagabend um 19:30 Uhr – beibehalten werden. Wir möchten uns vor allem mit unseren Grundwerten Sozialismus, Feminismus und Internationalismus beschäftigen. Jeder Grundwert soll in vier Sitzungen besprochen werden. Den Anfang macht unser Themenblock Internationalismus im Februar und März, darauf folgt der Themenblock Feminismus im Mai und zuletzt werden wir uns im Juli mit Sozialismus beschäftigen. Zwischen den Grundwerte-Themenblöcken sind viele weitere Sitzungen

wie zur Kommunal- und Bundespolitik geplant; unter anderem auch mit Gästen wie Jan Plobner, Juso und Bundestagsabgeordneter für Nürnberg-Land. Außerdem wollen wir uns zu organisatorischen Sitzungen treffen, wie zum Beispiel zur Vorbereitung der Demo am 1. Mai.

Aber nicht nur ein Plan für unsere Montagsitzungen wurde auf der Vorstandsklausur entworfen. Auch für alle weiteren Veranstaltungen haben wir erste Planungsschritte vorgenommen. So können sich die Jusos Nürnberg im kommenden Jahr wieder auf ein Sommerfest freuen oder auch eine Teilnahme an Rock im Park. Wir Jusos sind dort mit einem Infostand vertreten. Klar ist für uns, dass wir auch wieder auf Demos und Kundgebungen präsent sein werden, so wie es uns die Umstände der Pandemie erlauben.

Ein weiteres Thema auf der Vorstandsklausur war die Einbindung von Neumitgliedern in die Arbeit der Jusos. Hierzu haben wir unter anderem den Neumitgliederbrief überarbeitet, der an jedes neue SPD-Mitglied unter 35 in Nürnberg verschickt wird. Zudem soll ein Konzept zur Betreuung von Neumitgliedern entworfen werden.

Neumitgliederseminare werden vor allem auf Ebene der Jusos Bayern durchgeführt. In diesem Rahmen hat sich der neue Vorstand

vorgenommen, weiterhin gut an die höheren Juso-Ebenen angebunden zu bleiben. So ist es unser Ziel, auch zukünftig im Bezirksvorstand der Jusos Mittelfranken und im Landesvorstand der Jusos Bayern mit mindestens eine*r Juso aus Nürnberg vertreten zu sein.

Aber auch in Nicht-Parteioorganisationen wollen wir Jusos in Zukunft stärker vertreten sein. Neben den bereits bestehenden Mitgliedschaften im Jugendbündnis und Bündnis Nazistopp, strebt der neue Vorstand eine Mitgliedschaft in der Allianz gegen Rechtsextremismus an.

Zuletzt war noch die Öffentlichkeits- und Pressearbeit der Jusos Nürnberg Thema auf der Vorstandsklausur. Auf Social-Media sollen regelmäßig Inhalte geteilt werden. Wir sind auf Instagram und Facebook vertreten. Hierzu möchte der neue Vorstand ein eigenes Design erarbeiten. Weiterhin soll in Zukunft mehr mit Pressemitteilungen gearbeitet werden. Dazu möchte der Vorstand in Kontakt mit lokalen Redakteur*innen treten, um die Position der Jusos Nürnberg noch besser in die öffentlichen Diskussionen einzubringen.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektorat: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Nürnberg.
SPD

DAS VERGESSENE DATUM

01.02.1947, BOMBENANSCHLAG AUF DAS KARL-BRÖGER-HAUS

Fotos: R. Löster

von RÜDIGER LÖSTER

Vor 75 Jahren, am Abend des 01. Februar 1947, verübten Nazis einen Bombenanschlag auf das Karl-Bröger-Haus, dem Sitz der SPD und der sozialdemokratischen Tageszeitung „Fränkische Tagespost“. Die vor dem Eingang platzierte Bombe verursachte erhebliche Schäden, unter anderem wurden die Fenster bis zum sechsten Stockwerk zerstört. In diesem Gebäude war 1947 auch die Spruchkammer untergebracht, gegen die sich der Anschlag richtete. Die Täter hinterließen Flugblätter, in denen sie gegen SPD und KPD hetzten.

Die Aufgabe der Spruchkammern bestand in der Umsetzung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, bekannt unter dem Stichwort „Entnazifizierung“. Dazu teilten sie die NSDAP-Mitglieder in fünf Hauptgruppen ein. Auf diese Weise sollte eine einheitliche Behandlung in den verschiedenen Zonen hinsichtlich dieser Personen gewährleistet werden. Abschnitt II der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 gab folgende Einteilung der Betroffenen vor:

1. Hauptschuldige (Kriegsverbrecher)
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer)
3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe)
4. Mitläufer
5. Entlastete, die vom Gesetz nicht betroffen waren.

Die Spruchkammern stellten fest, zu welcher Gruppe ein Beschuldigter gehörte. Die Nürnberger Spruchkammer im Karl-Bröger-Haus verhandelte unter dem Vorsitz des Landesge-

richtspräsidenten Sachs, u. a. gegen den ehemaligen Reichskanzler Franz von Papen. Sachs war als Jurist jüdischen Glaubens und als Sozialdemokrat von den Nazis bereits 1933 aus dem Justizdienst entlassen worden.

Nach einem weiteren Bombenanschlag im März 1947 auf die „Fürsorgestelle für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte“ schrieben die Nürnberger Nachrichten, dies werde als „eine ausgesprochene antisemitische Demonstration gewertet“.

Auf den Anschlag auf das Karl-Bröger-Haus reagierten die Gewerkschaften mit einem Proteststreik, an dem sich am 3. Februar 60.000 – 70.000 Arbeitnehmer*innen beteiligten, und einer machtvollen antifaschistischen Kundgebung auf dem Hauptmarkt. Zehntausende Menschen versammelten sich, um gegen diesen Nazi-Anschlag zu protestieren. Der SPD-Landtagsabgeordnete und Präsident des Bayerischen Gewerkschaftsbundes Lorenz Hagen fand scharfe Worte gegen die reaktionären und nazistischen Umtriebe und forderte die sofortige Verhaftung der durch die Spruchkammer zu Arbeitslager verurteilten Nazis. Die Mehrheit im Stadtrat beschloss – gegen die Stimme eines einzelnen CSUlers – in einer Sondersitzung elf Maßnahmen gegen ehemalige Nationalsozialisten, sollten die Täter nicht gefasst werden.

Als Folge des Anschlags fand am 3. Februar eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats in München statt. Auch die Landesregierung ging wie die Nürnberger Polizei davon aus, dass es sich um einen Anschlag „von verbrecherischen nazifreundlichen Elementen“ gehandelt habe.

Einladung zur Jahreshauptversammlung der AsF Nürnberg

Am 19.3.2022 um 15:00 Uhr
Ort: Karl-Bröger-Zentrums

Wie bereits mehrfach seit November 2021 kommuniziert, stehen weder die amtierenden Vorsitzende noch einige Beisitzerinnen der AsF zur Wiederwahl zu Verfügung.

Auch die AsF ist ein sehr wichtiges Gremium in unserer Partei, ist sie doch vergleichbar mit Gleichstellungsbeauftragten in Unternehmen – mächtig aber unbeliebt. Umso wichtiger ist es, dass die AsF ihre Aufgaben auf Grundlage des Selbstverständnisses der AsF sowie unserer Parteiwerte Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Freiheit konsequent wahrnimmt – auch gegen Widerstand unabhängig der Hierarchieebenen noch unabhängig möglicher Nachteile für das Ansehen der eigenen Person – und gegen jegliche Form der Diskriminierung und für echte Gleichberechtigung und Gleichstellung aufsteht und einsteht. Daher der Appell an Euch, liebe Frauen, mit Leidenschaft für die AsF-Themen Ressourcen für die AsF Nürnberg zu Verfügung zu stellen, unabhängig einer möglichen Position, die Ihr anstrebt.

Die JHV der AsF Nürnberg mit Wahlen wird in Präsenz nach den geltenden dann aktuellen Pandemie-Auflagen stattfinden, allerdings wird sie hybrid angeboten, so dass die JHV online mitverfolgt werden kann und Redebeiträge zugelassen werden können, allerdings vom Wahlrecht nur in Präsenz vor Ort Gebrauch gemacht werden kann.

Wir hoffen Euch zahlreich vor Ort und auch online begrüßen zu dürfen und schlagen folgende Tagesordnung vor:

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende
2. Konstituierung
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 - Beschluss der Tages- und Geschäftsordnung
3. Grußworte
4. Berichte
 - Bericht des Vorstands 2019-2021
 - Berichte der Genossinnen zu ihren AsF - Aktivitäten
 - Bericht und Vorstellung Leitanträge:
 - gleichstellungspolitisches Grundsatzprogramm zu „Gewalt gegen Frauen“ der AsF Nürnberg
 - gleichstellungspolitisches Grundsatzprogramm zu „Frauen-in-Führungspositionen-Willkommenskultur und Frauen-in-Führungspositionen-Offensive“ der AsF Nürnberg
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstands
7. Neuwahl des Vorstands
 - Wahl der Vorsitzenden / einer Doppelspitze
 - Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
 - Wahl der Beisitzerinnen
8. Delegiertenwahlen
 - Wahl der 8 Delegierten zur ASF-Bezirkskonferenz
 - Wahl einer beratenden Delegierten zur Jahreshauptversammlung des Unterbezirks Nürnberg
 - Wahl von drei beratenden Delegierten zum Parteausschuss des Unterbezirks Nürnberg
9. Personalvorschläge
 - Vorschlag für die Wahl einer AG-Vertreterin im Unterbezirksvorstand
 - zur ASF-Bezirkskonferenz
 - zur ASF-Landeskonferenz
 - zur ASF Bundeskonferenz
10. Antragsberatung
11. Sonstiges
12. Schlusswort der Vorsitzenden



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



Einladung zur Jahreshauptversammlung AfA Nürnberg

Am 16.3.2022 um 18:00 Uhr
Ort: Riepekohl-Saal des Karl-Bröger-Zentrums
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende
2. Konstituierung
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 - Beschluss der Tages- und Geschäftsordnung
3. Grußworte
4. Berichte
 - Bericht des Vorsitzenden
 - Berichte weiterer Vorstandsmitglieder
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstands
7. Neuwahl des Vorstands
 - Wahl des/der Vorsitzenden / einer Doppelspitze
 - Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
 - Wahl des /der Schriftführer*in
 - Wahl der Beisitzer*innen
8. Delegiertenwahlen
 - Wahl der 8 Delegierten zur AfA-Bezirkskonferenz
 - Wahl eines/-r beratenden Delegierten zur Jahreshauptversammlung des Unterbezirks Nürnberg
 - Wahl von drei beratenden Delegierten zum Parteiausschuss des Unterbezirks Nürnberg
9. Personalvorschläge
 - Vorschlag für die Wahl eines/-r AG-Vertreter*in im Unterbezirksvorstand
 - zur AfA-Bezirkskonferenz
 - zur AfA-Landeskonferenz
 - zur AfA Bundeskonferenz
10. Antragsberatung
11. Sonstiges
12. Schlusswort der Vorsitzenden

Einladung zur Jahreshauptversammlung der AfB, AG für Bildung Nürnberg

Am 24.3.2022 um 19:00 Uhr
Ort: Riepekohl-Saal des Karl-Bröger-Zentrums
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Konstituierung
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 - Beschluss der Tages- und Geschäftsordnung
3. Grußworte
4. Berichte
 - Bericht des Vorsitzenden
 - Berichte weiterer Vorstandsmitglieder
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstands
7. Neuwahl des Vorstands
 - Wahl des/der Vorsitzenden / einer Doppelspitze
 - Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
 - Wahl des /der Schriftführer*in
 - Wahl der Beisitzer*innen
8. Delegiertenwahlen
 - Wahl der 8 Delegierten zur AfB-Bezirkskonferenz
 - Wahl eines/-r beratenden Delegierten zur Jahreshauptversammlung des Unterbezirks Nürnberg
 - Wahl von drei beratenden Delegierten zum Parteiausschuss des Unterbezirks Nürnberg
9. Personalvorschläge
 - zur AfB-Bezirkskonferenz
 - zur AfB-Landeskonferenz
 - zur AfB Bundeskonferenz
10. Antragsberatung
11. Sonstiges
12. Schlusswort der Vorsitzenden

Eine
Überraschung
zu Beginn – schon deswegen lohnt das Kommen!
Das erste Konzert unseres
SPD-Chors
MindestTon

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus

Die Karl-Bröger-Medaille 2022 erhalten die Rechtsextremismus-Expertin, Aktivistin und Autorin Birgit Mair und das „Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung am Aufsessplatz“.

Gefeiert wird am Samstag,
9. April, 19 Uhr,

Karl-Bröger-Zentrum,
Karl-Bröger-Str. 9,
Nürnberg.

Bitte meldet euch über
info@karl-broeger-gesellschaft.de an.
Oder unter 0911/448383.

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / MÄRZ 2022

08.03.2022 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof:

Ortsvereinstreffen

SIGENA Plauener Str. 7,
90491 Nürnberg

16.03.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl

Ortsvereinstreffen

Für genauere Infos kannst du gerne den
OV-Vorsitzenden Anil Altun kontaktieren:
anil.altun@spd-gibitzenhof-steinbuehl.de

23.03.2022 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:

Mitgliederversammlung

mit MdL Stefan Schuster

Wirtshaus Galvani,

Galvanistr. 10,

90459 Nürnberg

23.03.2022 – 19:00 Uhr

SPD OV Gartenstadt:

Ortsvereinstreffen

Gesellschaftshaus Gartenstadt

Bitte beachte, dass es aufgrund der pandemischen Situation zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.

Stadtratsfraktion
Nürnberg**SPD**

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

die Ministerpräsident*innen aller Bundesländer haben sich mit Kanzler Olaf Scholz auf einen konkreten Stufenplan zum schrittweisen Abbau vieler geltender Corona-Auflagen verständigt. Auch wenn wir heute noch nicht absehen können wie sich die Pandemie im Jahresverlauf entwickelt, ist dies doch ein gutes Signal und eine wichtige Verschnaufpause für alle in der Gesellschaft.

Nach wie vor begleiten wir im Nürnberger Rathaus die Konsequenzen der Corona-Pandemie, um etwaige Härten im Sinne der Menschen sozial verträglich abzufedern. Doch auch darüber hinaus gibt es wichtige kommunalpolitische Handlungsfelder, denen wir uns mit hohem Einsatz widmen. So stoßen wir eine Bürgerservice-Offensive an, gestalten einen städtischen Klimaschutzfahrplan sowie die Ausgestaltung der Mobilitätswende und machen unser Nürnberger Stadion fit für die Zukunft. Daneben begleiten wir neue Konzepte zur Unterstützung von Suchtkranken und entwickeln gemeinsam mit den Hilfsorganisationen hier die städtische Strategie weiter.

Über diese und viele weitere Themen können Sie in unserer aktuellen Rathaus-Depesche lesen. Wir wünschen eine informative Lektüre und freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.

Ihre

Dr. Anja Pröhl-Kammerer
stv. Fraktionsvorsitzende

Bürgerämter: Maßnahmenpaket für mehr Bürgerservice



Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion war die aktuelle Situation bei den Bürgerämtern Thema in der Februarsitzung des Stadtrates. Beschlossen wurde ein Maßnahmenpaket, das die empfindlichen Wartezeiten reduzieren soll.

Mehr Standorte, mehr Personal, mehr kurzfristig verfügbare Termine: Das ist das Ziel eines Maßnahmenpakets, das der Stadtrat im Februar beschlossen hat. In der Stadtratsdebatte verwies SPD-Stadtrat Ulrich Blaschke auf die Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger aus den Pandemiemonaten: Keine Termine verfügbar oder erst in zig Wochen, Termin nach dem Eintippen der Daten doch anderweitig vergeben, kein Durchkommen bei der Telefon-Hotline u.v.a.m. Für Viele ein weiteres Problem: Nicht jeder kann seinen Arbeitsalltag nach den Terminen richten, die

das System anbietet. Der Unmut der Bürger äußerte sich in zahlreichen Beschwerden, und ihr Bedarf an Ämterleistungen zeigte sich exemplarisch in langen Schlangen am sog. freien Mittwoch im Januar. Dort warteten mehrere hundert Personen auf einen freien Schalterplatz. Die Corona-Rückstände wurden hierdurch auch optisch sichtbar.

Im Januar hat die SPD-Fraktion deshalb beantragt, je nach Ursache der Engpässe zusätzliche Räumlichkeiten einzurichten, das Personal für den Abbau der Rückstände zu verstärken (ggf. auch durch Unterstützung von Beamten aus anderen Behörden) und die Terminvergabe zu hinterfragen.

In der Stadtratssitzung erläuterte unser Personalreferent Harry Riedel die erheblichen >>

Anstrengungen, die bereits seit längerem ergriffen wurden, um die Personalsituation in den Bürgerämtern zu verbessern. Hierzu gehörten die Schaffung von knapp 50 Stellen im Bereich Einwohner- und Passwesen, die bevorzugte Zuweisung von zusätzlichem Personal (z.B. nach der Ausbildung), die Erweiterung des Personalrecruitings auf weitere Berufsgruppen und die Zahlung einer besonderen Zulage für den anstrengenden Schalterdienst. Weitere Maßnahmen sollen jetzt noch hinzukommen.

Die neuen Maßnahmen im Überblick
Kurzfristige Maßnahmen: Öffnung des Bürgerinformationszentrums am Hauptmarkt als Außenstelle des Bürgeramts Mitte mit 5 Schaltern, zusätzliche Öffnung des Bürgeramts Mitte am Freitagnachmittag von 12.30 bis 17 Uhr, zusätzliche Zeiten in den Bürgerämtern Ost und Süd, Errichtung eines Pop-Up-Bürgeramts mit 12 Mitarbeitenden in einer Sparkassenfiliale zur Reisezeit, Anfrage bei anderen Behörden um Unterstützung, Umstellung des Terminbuchungssystems auf kürzere Vorlaufzeiten.

Mittelfristige Maßnahmen: Räumliche Ergänzung des Bürgeramtes Nord durch Anmietung einer Sparkassenfiliale (2023), Eröffnung von Außenstellen des Bürgeramtes auf dem ehemaligen Quelle Areal (2024) und im neuen Schocken (2024/25), Ausbau der Digitalisierung (z.B. Terminvergabe über einen Telefonsprachcomputer).

Hohes Engagement der Belegschaft
Ausdrücklich bedankte sich Ulrich Blaschke bei den Beschäftigten der Ämter. Beispielsweise wird die Freitagsöffnung durch freiwillige Überstunden ermöglicht. Er betonte auch, dass die Beschwerden der Bürger sich stets auf die Rahmenbedingungen des Ämtergangs bezogen (insbesondere die Terminvergabe), nie auf die Freundlichkeit oder Kompetenz der Mitarbeiter. Das könne man auch als Kompliment verstehen.

Künftig mit Termin oder ohne?
Für die Zukunft bleibt das Thema „Ämtergänge mit und ohne Termine“. Für die SPD-Fraktion ist klar: Wir wollen nicht zurück zu den alten Zuständen mit stundenlangen Wartezeiten in einer dicht gefüllten Wartehalle. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollten genutzt werden, auch mit Terminvergaben. Kurzfristige Termine PLUS spontane Möglichkeiten, das muss der Mix der Zukunft sein. Darauf werden wir als Fraktion achten. Vorrang hat nun aber der Abbau der Corona-Rückstände als Akutmaßnahme.

Weitere Informationen:
Dr. Ulrich Blaschke;
spd@stadt.nuernberg.de



Klimaschutzfahrplan der Stadt Nürnberg

Der Stadtrat hat 2019 und 2020 mit der Fortschreibung des „Klimaschutzfahrplans 2020 bis 2030 beschlossen“, die Klimaneutralität der Stadtverwaltung bis 2035 anzustreben. Aufbauend auf den fundierten Bestandsanalysen des „Kommunalen Energiemanagements“ zu den Verbrauchsstrukturen für Wärme und Strom ist die Ausgangslage schon aus der Vergangenheit heraus nicht schlecht. Trotz jährlichen Flächenzuwachs durch Neubauten (Kitas, Horte, Schulen etc.) hat die Stadt ihren Strom- und Wärmeverbrauch bereits reduzieren können und demzufolge auch ihre CO2-Emissionen.

Auch wenn die Stadtverwaltung bereits in der Vergangenheit über den gesetzlichen Vorgaben bei energetischen Standards lag, müssen diese für das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands weiterentwickelt werden. Nun erfolgt die Konzentration auf die wichtigsten Ziele: Das sind Vorgaben für max. Wärme- und Stromverbräuche.

Die Bilanz bei den erneuerbaren Energien ist demgegenüber noch ausbaufähig. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen deshalb die Anstrengungen erhöht und verstetigt werden. Hierzu hat der Stadtrat im Januar ein klares Bekenntnis zu erneuerbaren Energien gesetzt - weitere Beschlüsse werden folgen.

Im Neubaubereich wird das Ziel „Plusenergiegebäude“ formuliert. Bezüglich des Wärmeschutzes entspricht dieser Standard dem bisherigen „Passivhausstandard“. Kombiniert mit einer optimierten Photovoltaik-Anlage entsteht dabei ein Überschuss, also ein Plus an erzeugter, gegenüber der verbrauchten Energie des Gebäudes.

Für umfassende, ganzheitliche Sanierungsvorhaben wird das Ziel „Klimaneutrales Gebäude“ formuliert, was in etwa einem „Nullenergiegebäude“ entspricht. Bei beiden Standards bedarf es einer energieeffizienten,

also bedarfsminimierten Planung für den Heizenergie- und Strombedarf.

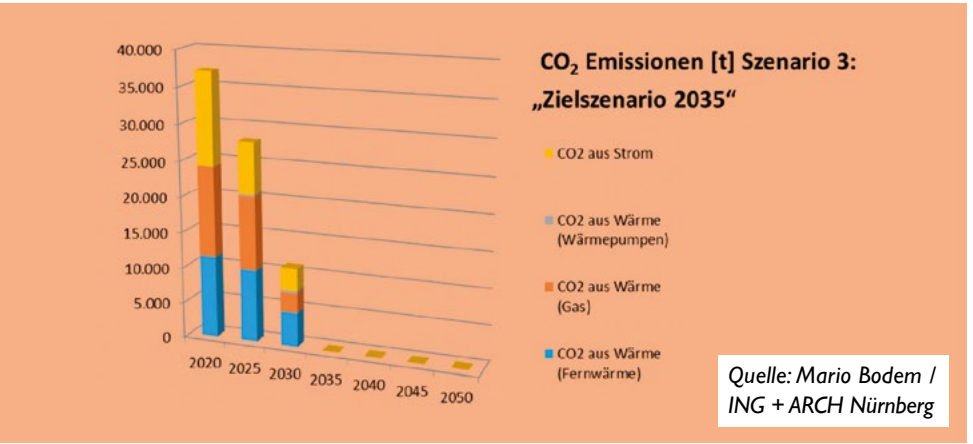
Durch den Ansatz von echten CO2- Folgekosten nach den Werten des Umweltbundesamtes werden die Umweltfolgekosten bereits bei der Bewertung verschiedener Varianten in der Planungsphase einbezogen.

Ein vorgelegtes Zielszenario 2035 beschreibt sehr deutlich, welche Anstrengungen unternommen werden müssen, um einen klimaneutralen Gebäudebestand der Stadtverwaltung im Bereich der Wärme- und Stromversorgung zu erreichen. Dabei ist die wichtigste Aufgabe, Energieverbräuche zu minimieren. Der Restbedarf muss konsequent auf erneuerbare Energien (Strom und Wärme) umgestellt werden. Für die konkrete Umsetzung sind drei grundsätzliche Maßnahmen durch die Stadtverwaltung erforderlich:

- die Sanierungsquote für die städtischen Gebäude muss mindestens auf 1,4 % verdoppelt werden,
- der Bau von PV Anlagen auf den städtischen Dächern muss ausgebaut werden,
- die Wärmeversorgung der derzeit gasversorgten Gebäude muss sukzessive umgestellt werden.

Der Klimaschutzfahrplan ein Grundsatzbeschluss. Gleichzeitig ist er aber ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung, einen konkreten Umsetzungsplan auszuarbeiten und dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen. Dabei werden mit zusätzlichen Kosten von ca. 80 Mio € bis 2035 gerechnet. Diese zu erwartenden Mehrkosten müssen es uns aber wert sein, um unsere Klimaziele tatsächlich erreichen zu können.

Weitere Informationen:
Gerhard Groh;
spd@stadt.nuernberg.de



Nürnberger Stadion fit für die Zukunft machen



Foto by Philipp Herzog, Stadt Nürnberg

Das Max-Morlock-Stadion ist die Herzkammer des Nürnberger Fußballs. Allerdings ist die Sport- und Veranstaltungstätte in die Jahre gekommen, was perspektivisch und mittelfristig Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur notwendig macht.

Für die Rathaus-SPD ist klar: Nürnberg braucht auch in Zukunft ein modernes, multifunktionales und vor allem bundesligataugliches Stadion. Doch anstatt viel Geld

für die Sanierung des Bestands auszugeben, sollte geprüft werden, wie das Stadion innovativ und zukunftssträftig weiterentwickelt werden kann. Damit würden sich auch neue Nutzungs- und Einnahmequellen erschließen. Daher unterstützt die SPD-Stadtratsfraktion die entsprechende Initiative des Stadion-Bürgermeisters Christian Vogel zur Erstellung einer Bedarfsanalyse und Machbarkeitsstudie für das Stadion sowie das angrenzende Gelände.

Ein Jahr Mobilitätsbeschluss in Nürnberg

Am 27. Januar war es genau ein Jahr her, dass der Nürnberger Stadtrat mit parteiübergreifender großer Mehrheit den Mobilitätsbeschluss gefasst hat. Unter Berücksichtigung aller Verkehrsarten soll damit die Mobilität in Nürnberg weiterhin verträglich, effizient und ökologisch gestaltet werden. Es stehen noch große Aufgaben an. Aber man kann schon jetzt sagen, dass das letzte Jahr ein gutes für die Verkehrswende war!

Ausschlaggebend für die Entwicklung des Mobilitätsbeschlusses war der sog. „Radentscheid für Nürnberg“ 2020. Im Zusammenhang mit diesem Bürgerbegehren wurden rund 26.000 Unterschriften gesammelt. Die SPD-Stadtratsfraktion hat von Beginn an auf Verhandlungen mit den Initiatoren des Radentscheides gedrängt. Denn es ist klar, dass wir die Verkehrswende nur im Ausgleich miteinander und nicht gegeneinander voranbringen können.

Das Ergebnis der Verhandlungen des letzten Jahres, also der Mobilitätsbeschluss selbst, ist ein großer Wurf. Wir haben klare Ziele formu-

liert, wie wir im kommenden Jahrzehnt im Verkehrsbereich unsere CO2-Reduktionsziele erreichen können. 2021 wurden bereits wichtige Weichen gestellt, dass bereits in konkreten Baumaßnahmen andere Schwerpunkte gelten. So wurden bei neuen Straßenplanungen, wie etwa in der Bayreuther Straße oder in der Ostendstraße, der ÖPNV sowie Fußgänger und Radfahrer deutlich stärker berücksichtigt als in der Vergangenheit. Das ist ein Riesenerfolg.

Auch strukturell wurden im vergangenen Jahr Weichen für die Verkehrswende gestellt. Exemplarisch zu nennen ist hierbei die historisch größte Stellenausweitung im Bereich der städtischen Verkehrsplanung und beim Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR). Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Stadtrat beschlossen, allein für 2022 18 neue Stellen zu schaffen. Dass wir in einem so schwierigen Haushaltsjahr nicht sparen, sondern bei der Verkehrsplanung im Sinne des Klimaschutzes draufgesetzt haben, ist ein klares Zeichen: Wir nehmen den Mobilitätsbeschluss ernst und wollen die Ziele schnellstmöglich erreichen.

Damit wollen wir moderne Entwicklungsmöglichkeiten finden, um das Stadion weiterentwickeln zu können und für zukünftige Anforderungen fit zu machen. Das ist wichtig für den Sportstandort Nürnberg und seine Strahlkraft über die Stadtgrenzen hinaus.

Weitere Informationen:
Dr. Nasser Ahmed;
spd@stadt.nuernberg.de



Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:
Thorsten Brehm

Redaktion:
Michael Arnold, Thorsten Brehm

Grafische Gestaltung:
Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895



Um nun in den nächsten Monaten und Jahren die Einhaltung und Umsetzung des Mobilitätsbeschlusses nachzuvollziehen und zu überwachen, soll ein regelmäßiges Monitoring im Verkehrsausschuss stattfinden. Dafür hat sich die SPD-Stadtratsfraktion nicht nur in den Verhandlungen zum Mobilitätsbeschluss selbst, sondern auch in den Haushaltsberatungen starkgemacht. Das Mobilitätsverhalten der Menschen war und ist allerdings pandemiebedingt noch immer stark verzerrt, weshalb vergleichbare Betrachtungen nur nach und nach sowie valide Vergleiche wohl erst mit dem Ende der Pandemieauswirkungen wirksam möglich sind. Wir rufen nun auch weiterhin alle Initiatoren, Vereine und Verbände, die in diesem Bereich tätig sind, dazu auf, mit uns im Dialog den Mobilitätsbeschluss umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Weitere Informationen:
Dr. Nasser Ahmed;
spd@stadt.nuernberg.de



Drogenpolitik: Fortschritt bei der Unterstützung von Suchtkranken

Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich seit Jahren für neue Wege in der Drogenpolitik ein – zuletzt mit einem weitreichenden Antrag für ein städtisches Drogenhilfeszentrum im Juli 2020. Das nun im letzten Sozialausschuss vorgestellte Niedrigschwellige Substitutionskonzept „SUB-PORT“ macht Hoffnung, dass in Nürnberg der nächste Schritt hin zur Realisierung dieser sozialpolitisch wichtigen Maßnahme gegangen werden kann.

Mit dem neuen geplanten Angebot, das in enger Abstimmung mit den wichtigen Akteuren der Drogenhilfe, der Stadt Nürn-

berg unter Federführung von Sozialreferentin Elisabeth Ries und dem Klinikum Nürnberg entwickelt wurde, soll die Betreuung von Suchtkranken in Nürnberg signifikant verbessert werden. Auch wenn noch einige organisatorische Fragen geklärt werden müssen, ist die SPD-Fraktion zuversichtlich, dass wir mit diesem Konzept dem langjährigen Anliegen der engagierten Hilfeorganisationen näherkommen. Dies deckt sich auch mit dem wichtigen Ziel einer weitgreifenden und besseren Unterstützung von Suchtkranken. Nun hoffen wir, dass die Krankenkassen und weitere mögliche Partner bei der

Finanzierung des Projektes mitspielen, dass das Vorhaben bald realisiert werden kann.

SUB-PORT kann mit niedrigschwelligen Angeboten Betroffene langfristig in eine bessere und stabilisierende Unterstützung bringen. Nichtsdestotrotz stellt das Konzept nur einen weiteren Schritt in Richtung der aus fachlicher Sicht sinnvollen Einrichtung eines Drogenkonsumraums in Nürnberg dar. Dieses wichtige Hilfsprojekt wäre, eingebettet in das Konzept eines Drogenhilfeszentrums in Nürnberg schon viel weiter, wenn die bayerische Staatsregierung nicht laufend bremsen würde.

Weitere Informationen:
Diana Liberova;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

TAXITARIF AN MINDESTLOHN ANPASSEN

Der Bundesregierung hat angekündigt, noch im Jahr 2022 den allgemeinen Mindestlohn in Deutschland auf 12 EUR pro Stunde anheben zu wollen. Dies ist ein wichtiger Meilenstein für faire Löhne und gerechte Bezahlung in Deutschland. Im Taxigewerbe kann die mit der Lohnerhöhung verbundene Kostensteigerung jedoch nicht vom Unternehmer selbst weitergegeben werden, sondern nur über eine Erhöhung des Nürnberger Taxitarifs. Die entsprechende jährliche Überprüfung und Erhöhung der Taxitarife hat zudem einen mehrmonatigen Vorlauf. Die SPD-Fraktion hat deshalb beantragt, das Verfahren für die Jahresanpassung des Taxitarifs in Nürnberg so frühzeitig einzuleiten, dass der neue Tarif zeitgleich mit der Erhöhung des allgemeinen Mindestlohns in Kraft treten kann, dass auch die Mitarbeitenden im Taxigewerbe vom Mindestlohn profitieren können.

SITUATION DER SCHAUSTELLER

Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen gibt Anlass zur Sorge für den Fortbestand zahlreicher Schaustellerbetriebe. Die SPD-Fraktion hat deshalb bei der Stadtverwaltung beantragt, über deren Betriebsstrukturen in Nürnberg und der Metropolregion sowie über deren aktuelle wirtschaftliche Situation zu berichten. In diesem Zusammenhang sollen auch mögliche sowie existierende Lösungen und Perspektiven zur Unterstützung bzw. sicheren Planung für die Schausteller dargelegt werden.

SCHNELL-LADE-NETZ FÜR E-AUTOS IN NÜRNBERG

Zur Mobilität der Zukunft gehört auch die E-Mobilität. Um unsere CO₂-Ziele im Verkehrssektor in den kommenden Jahren erreichen zu können, werden wir einen deutlich höhe-

ren Anteil an Elektrofahrzeugen in der Stadt benötigen. Daher ist es unser Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern den Umstieg von ihren Diesel- und Benzinfahrzeugen auf Elektrofahrzeuge so einfach wie möglich zu gestalten – sowohl im Sinne gesetzter CO₂ Reduktion als auch im Sinne einer besseren Luft in der Stadt. Die stetig zunehmende Zahl von E-Autos auf den Straßen unterstreicht diese Entwicklung. Die SPD-Fraktion hat deshalb beantragt, dass die Stadtverwaltung und die N-ERGIE die notwendigen Maßnahmen zur Errichtung eines Netzes von Schnell-Ladestationen in Nürnberg prüft. Hierfür sollen auch Kooperationen mit Supermärkten, Einzelhandel und Tankstellen mit einbezogen werden.

NATURNAHES REGENWASSER-MANAGEMENT UND SCHWAMMSTADT

Der Klimawandel bringt immer öfter Extremwetterereignisse und hohe Niederschlagsmengen mit sich. Die Kanalisation kann die umfangreichen Regenmengen wegen einer hohen Menge an versiegelten Flächen auf öffentlichen Plätzen und Wegen oftmals nicht mehr aufnehmen. Im Zuge der städtischen Klimaanpassungsstrategie wurden bereits erste Maßnahmen für das Handlungsfeld „Wasser/Niederschläge“ auf den Weg gebracht. Es besteht aber Handlungsbedarf, weitere notwendige Schritte für Nürnberg einzuleiten und als gängige Verwaltungspraxis zu verstetigen. Im Bereich von Umbauten und Sanierungen im Bestand, bei unseren Plätzen und Wegen, also bei Projekten im öffentlichen Raum, ist deshalb zukünftig die Möglichkeit einer Versickerung des anfallenden Regenabwassers zu prüfen und/oder weitere entsprechende Maßnahmen im Sinne einer „Schwammstadt“ umzusetzen und einzurechnen. Hierzu hat die Rathaus-SPD einen

Antrag mit den Fraktionen von CSU und Grünen eingereicht.

GEMEINSAM GEGEN SEXISMUS UND SEXUELLE BELÄSTIGUNG

Ende Oktober 2021 fand die öffentliche Erstunterzeichnung der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierten gemeinsamen Erklärung „Gemeinsam gegen Sexismus und sexuelle Belästigung“ statt. In dieser Erklärung treten die Unterzeichnenden entschieden gegen jede Form von Sexismus, sexualisierter Gewalt sowie sexueller Belästigung in Kultur und Medien, im öffentlichen Raum und am Arbeitsplatz entgegen. Die Rathaus-SPD hat per Antrag die Stadtspitze dazu aufgefordert, diese Erklärung für Nürnberg ebenfalls zu unterzeichnen. Zudem möchte die SPD-Fraktion, dass die Rahmendienstvereinbarung „Gewaltprävention am Arbeitsplatz“ der Stadt im Hinblick auf Benachteiligungen, Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz weiterentwickelt wird.

MIETVERHÄLTNISSE IN DER KONGRESSHALLE

Auf Beschluss des Stadtrates soll an der Kongresshalle ein Opernhausinterim errichtet werden. Zur Vorbereitung dieses Vorhabens wurden die Mietverhältnisse in der Kongresshalle (mit Ausnahme der Kopfbauten) zum 30. Juni 2022 gekündigt. Die SPD-Fraktion hat deshalb bei der Stadtverwaltung beantragt, den Kündigungsumfang und das hierfür maßgebliche Konzept zur bautechnischen Untersuchung darzulegen. Dabei soll auf die von der Kündigung betroffenen Nutzergruppen und über etwaige besondere Bedarfe eine Nutzung vor Ort aufrecht zu erhalten, berichtet werden. Die Verwaltung soll außerdem erläutern, welche Unterstützung bei der Suche nach Ersatzflächen geleistet wird.